

DIGITALE FREIHEIT

Jurist zur EU-Chatkontrolle: „Es ist eine anlasslose Massenüberwachung!“

Das geplante EU-Gesetz zur Chatkontrolle bedroht die Privatsphäre und öffnet die Tür zur Massenüberwachung, warnt Patrick Breyer, Digitalrechtsexperte, im Interview.



Franz Becchi

29.11.2025, 12:51 Uhr



Die Grenze zwischen Privatsphäre und Überwachung verschwimmt – private Nachrichten könnten in der EU bald nicht mehr privat sein.

Fabian Sommer/dpa

Die geplante EU-Chatkontrolle sorgt derzeit für heftige Diskussionen und Kontroversen. Kritiker warnen vor einer massiven Bedrohung der Privatsphäre und einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Kommunikation der Bürger. Im Interview wirft Digitalrechtsexperte und ehemaliger EU-Abgeordneter, Patrick Breyer, einen detaillierten Blick auf die Regelungen, die weitreichende Auswirkungen auf die digitale Privatsphäre haben könnten.

Breyer erklärt, wie das Gesetz die Freiheit der Kommunikation gefährdet, welche Risiken es für Whistleblower und Journalisten birgt und warum die Chatkontrolle nicht den erhofften Schutz vor Missbrauch und Kriminalität bieten wird.

Herr Breyer, es gibt derzeit viel Verwirrung rund um das EU-Gesetz zur Chatkontrolle. Könnten Sie uns erklären, was dieses Gesetz beinhaltet?

Zu dem Gesetzentwurf zur Chatkontrolle kam es ursprünglich durch eine EU-Datenschutzverordnung, die das Fernmeldegeheimnis auch auf Online-Kommunikation, wie E-Mails und Messenger-Dienste, ausdehnte. Diese Verordnung setzte US-amerikanische Anbietern wie [Google](#) und Meta unter Druck, da diese begonnen hatten, private Nachrichten heimlich zu scannen. Dies führte dazu, dass Tech-Unternehmen in [Brüssel](#) lobbyierten, um diese neue Datenschutzverordnung zu ändern. Das Ergebnis war die sogenannte „Chatkontrolle 1.0“. Diese Verordnung erlaubte es den Kommunikationsanbietern, Nachrichten zu scannen – als zeitlich befristete Ausnahme. Doch die EU-Kommission, unter starkem Einfluss ausländischer Akteure, schlug dann 2022 vor, die Verordnung für alle Anbieter sogar verpflichtend zu machen – die sogenannte „Chatkontrolle 2.0“ war geboren. Bisher scannen nur US-Anbieter.



Privat

PATRICK BREYER

Patrick Breyer, Jurist und ehemaliger Europaabgeordneter der Piratenpartei (2019–2024), war Mitglied des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten (LIBE) und stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss (JURI). Als Ko-Koordinator der Arbeitsgruppe Digitales setzte er sich für digitale Rechte und Datenschutz ein. Breyer verhandelte zu Gesetzen wie dem Digital Services Act und der „Chatkontrolle“ und klagt derzeit gegen die EU-Überwachungsforschung „iBorderCtrl“, Vorratsdatenspeicherung und Surfprotokollierung.

Die [EU-Kommission](#) wollte auch das Scannen von bislang nicht bekannten Inhalten erzwingen, etwa durch KI-gestützte Analyse, um unbekannte Bilder oder Texte als verdächtig einzustufen. Dieser Gesetzentwurf stieß auf Widerstand, insbesondere vom Europäischen Parlament. Letztlich verlangten die Europaabgeordneten, dass die Chatkontrolle nur bei konkretem Verdacht und mit einem Richterbeschluss angewendet werden dürfe. Die Altersverifikation sollte dabei freiwillig bleiben, um die Anonymität der Kommunikation zu wahren und zu verhindern, dass Jugendliche pauschal ausgeschlossen werden.

Wie sieht die Position der EU-Regierungen, also des Rats, aus, und gab es hier

unterschiedliche Meinungen?

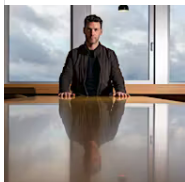
Im Rat, also bei den EU-Regierungen, gab es eine lange und schwierige Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und Gegnern der verpflichtenden Chatkontrolle. Es wurde lange diskutiert, ob diese Praxis verpflichtend sein sollte. Am Ende wurde entschieden, dass die verpflichtende Chatkontrolle zunächst fallen gelassen wird. Stattdessen soll die Chatkontrolle weiterhin, wie bisher, freiwillig erfolgen. Das bedeutet, dass Tech-Unternehmen die Möglichkeit haben, Nachrichten zu scannen, auch ohne konkreten Verdacht und ohne Richterbeschluss. Tech-Unternehmen dürften also weiterhin ungezielt und massenhaft Nachrichten scannen.

Außerdem ist in dem Gesetz auch eine Überprüfungsklausel vorgesehen – nach drei Jahren könnte die Freiwilligkeit also zur Pflicht werden. Das europäische Gesetzgebungsverfahren ist kompliziert und unübersichtlich. Die EU sorgt aber auch kräftig dafür, dass alles hinter verschlossenen Türen bleibt und bietet keine Transparenz.



EU-Chatkontrolle: Massenüberwachung und das Ende der Anonymität im Internet

Geopolitik 27.11.2025



„Zensurnetzwerk“ Deutschland: Wie die Regierung mit NGOs die Meinungsfreiheit untergräbt

Politik 21.11.2025



Welche Folgen hat das Gesetz?

Die Chatkontrolle könnte zu vielen Falschmeldungen und Falschverdächtigungen führen, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass Nachrichten, die nicht gegen das Gesetz verstoßen, fälschlicherweise als verdächtig eingestuft werden. Ein weiterer strittiger Punkt ist die von den EU-Regierungen geforderte Einführung einer verpflichtenden Altersverifikation. Das bedeutet, dass Nutzer ihr Alter nachweisen müssen, was zu einem Verlust der Anonymität führen kann.

Wie genau soll die Altersverifikation umgesetzt werden, und warum gibt es hier Bedenken hinsichtlich der Anonymität?

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie die Altersverifikation durchgeführt werden kann. Eine

Möglichkeit besteht darin, dass Nutzer ein Ausweisdokument vorlegen müssen, um ihr Alter nachzuweisen. Es gibt auch Pläne, eine App zu entwickeln, die es Nutzern ermöglichen soll, ihr Alter digital nachzuweisen, etwa durch einen digitalen Personalausweis. Das Problem bei diesen Methoden ist, dass sie einen massiven Eingriff in die Privatsphäre darstellen, da sie die Anonymität der Nutzer gefährden.

Besonders problematisch ist dies für Berufsgruppen wie Journalisten oder Whistleblower, die auf Anonymität angewiesen sind, um ihre Quellen zu schützen. Auch in der Beratung, etwa im Bereich der psychologischen Unterstützung oder der Rechtsberatung, würde dies problematisch sein.



Was bedeutet die EU-Chatkontrolle für private Nachrichten der Bürger?

www.imago-images.de

Darüber hinaus gibt es auch die Möglichkeit, das Alter durch eine sogenannte „Altersschätzung“ zu überprüfen. Dabei müssen Nutzer ihr Gesicht in die Kamera halten oder es wird untersucht, mit wem der Nutzer kommuniziert, welche Themen er anspricht und wie die Nachrichten strukturiert sind, um Rückschlüsse auf das Alter zu ziehen. Dies stellt ebenfalls einen tiefen Eingriff in die Privatsphäre dar, da dabei sehr persönliche Informationen über die Kommunikation gesammelt werden.

Wird diese Gesetzgebung tatsächlich dazu beitragen, Missbrauch zu bekämpfen und Kinderschutz zu verbessern?

Dieses Gesetz wird nach meiner Einschätzung nicht dazu beitragen, den Missbrauch zu bekämpfen. In den meisten Fällen wird Missbrauch durch Hinweise aus dem Umfeld der Opfer aufgedeckt – nicht durch das Scannen von Nachrichten. Die meisten Missbrauchsfälle werden von Personen begangen, die das Opfer kennen, wie etwa Familienangehörige oder Freunde. Die Vorstellung, dass das Scannen von Nachrichten zu einer signifikanten Reduzierung von Missbrauch führt, ist also durch nichts zu belegen. Zudem hat das Scannen von Nachrichten keinen messbaren Einfluss auf die Zirkulation von Missbrauchsmaterial. Tech-Unternehmen, die diese Art der Kontrolle bereits anwenden, berichten jedes Jahr von einem Anstieg der gemeldeten Inhalte. Das Scannen von

Nachrichten und Bildern führt also nicht dazu, dass weniger Missbrauchsmaterial im Umlauf ist. Es verhindert vor allem nicht die Entstehung neuen Materials, und das ist das eigentliche Problem, das man angehen müsste.

Wie funktioniert der Scan von Nachrichten und Bildern technisch? Und wie ist die Qualität dieser Überprüfung?

Bei Bildern, die noch nicht bekannt sind und vom Algorithmus als verdächtig eingestuft werden, müssen diese von Menschen überprüft werden. Dies bedeutet, dass die Bilder an einen Moderator geschickt werden, der sie dann beurteilt. Die Bilder werden entweder als verbotene oder unverdächtige Inhalte eingestuft. Wenn sie als verdächtig gelten, werden sie in eine Datenbank aufgenommen und der Polizei gemeldet. Diese Moderatoren befinden sich irgendwo auf der Welt. Ich habe Bedenken, dass unsere privaten Fotos und Videos in ihren Händen sicher sind. Laut Angaben des deutschen Bundeskriminalamts ([BKA](#)) sind etwa 50 Prozent der Inhalte, die gemeldet werden, strafrechtlich nicht relevant. Es stellt sich also die Frage, wie zuverlässig dieses System ist, wenn die Hälfte der gemeldeten Inhalte keine strafrechtliche Relevanz hat.

Was halten Sie von der Möglichkeit, dass das Gesetz zu einer Massenüberwachung führt?

Es ist schwer, das als etwas anderes als anlasslose Massenüberwachung zu bezeichnen. Der EU-Rat will eine Kontrolle legitimieren, bei der ohne konkreten Verdacht und ohne vorherige Genehmigung durch einen Richter massenhaft Nachrichten gescannt werden. Dies stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Nutzer dar. Das Gesetz ermöglicht es den Behörden, weitgehend in die Kommunikation von Millionen von Nutzern einzugreifen. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Grundrechte und stellt eine massive Bedrohung der Privatsphäre dar.

Gab es im Europäischen Parlament und bei den EU-Staaten unterschiedliche Haltungen zu diesem Gesetz? Können Sie etwas zu den Positionen von Ländern wie den Niederlanden, Tschechien oder Polen sagen?

Ja, in verschiedenen EU-Staaten gibt es unterschiedliche Haltungen zu diesem Gesetzentwurf. Besonders in den Niederlanden gibt es eine klare Ablehnung auch der freiwilligen Chatkontrolle. In einer parlamentarischen Debatte dort sprachen sich alle Parteien gegen die Chatkontrolle in ihrer jetzt geplanten Form aus. Ein zentrales Argument ist, dass die Grundrechte nicht ausreichend geschützt seien. Zudem gab es Bedenken, dass der Zweck der Chatkontrolle nach der Bekämpfung von Missbrauchsmaterial auch auf andere Bereiche wie Terrorismus oder Urheberrechtsverletzungen ausgeweitet werden könnte, was zu einer weiteren Einschränkung der Bürgerrechte führen würde.



U+ Ursula von der Leyen verliert Mehrheit im EU-Parlament: Droht ihr das politische Aus?

Europa 14.11.2025



U+ EU-Chatkontrolle soll „ohne Diskussion“ durchgewunken werden

Geopolitik 24.11.2025



Welche Folgen werden Altersverifikation und neue Kontrollmechanismen für digitale Kommunikation in Zukunft haben?

Es ist zu befürchten, dass andere Länder mit ähnlichen Gesetzen nachziehen könnten, wenn diese Regelung in der EU durchgesetzt wird. Die Einführung einer verpflichtenden Altersverifikation für alle Kommunikationsdienste wie Messenger-Dienste könnte weltweit Schule machen. Diese Maßnahmen könnten zu einem Verlust der Anonymität führen und vor allem Whistleblower, Journalisten und andere Personen, die auf die Möglichkeit anonymer Kommunikation angewiesen sind, gefährden.

Wird das Gesetz wirklich in Kraft treten, und was passiert danach?

Es gibt noch viele offene Fragen und unterschiedliche Positionen zu diesem Gesetz. Es ist zu befürchten, dass es zu einer schleichenden Ausweitung der Chatkontrolle kommt, wenn dieses Gesetz in seiner jetzigen Form durchgesetzt wird. Auch wenn sich viele Abgeordnete des Europäischen Parlaments dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen nur gezielt und mit Richterbeschluss durchgeführt werden, gibt es nach wie vor starken Druck, die Gesetzgebung weiter zu fassen. Ein endgültiger Kompromiss soll bis März 2026 gefunden werden. Die Gefahr ist präsent. Der Widerstand gegen die Chatkontrolle muss weiter gehen, aber die Politik wird auf eine schnelle Lösung drängen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.